

Rundschreiben



4/2012

Sept./Okt. 2012

Personalrätekonferenz am 05.09.2012

„Ohne Moos nichts los“

Am 05.09.2012 kam die diesjährige Personalrätekonferenz zusammen. Diese besteht aus den Personalratsmitgliedern der Gewerkschaften im dbb hamburg. Die DSTG war mit 17 Personalratsmitgliedern vertreten. Das Motto der eintägigen Sitzung lautete „Ohne Moos nix los“.

In seinem Grußwort ging der Landesvorsitzende des dbb hamburg, Rudolf Klüver, auf die Politik des Senates und der Mehrheitsfraktion der SPD in der Bürgerschaft ein. Kurzum, die Politik dieses Senates ist schlecht und von keiner langfristigen Strategie geprägt. Nun hat man ein Papier herausgegeben um die Personal(abbau)politik zu stützen. Erst sollte es keine Abfindungen geben, nun sind sie doch geplant, aber maximal bis 100.000 Euro. Eine Nachversicherung in der Rentenversicherung soll unterbleiben und die Möglichkeit einer „beruflichen Neuorientierung“ soll verbessert werden. Von Aufgabenkritik ist aber nichts zu lesen, ob diese kommt wird sich noch zeigen.



Der Kollege Russ von der DBB Tarifunion ging in seinem Vortrag auf die Tarifaufeinandersetzung 2013 ein und skizzierte kurz und ironisch die Geschichte der Tarifverhandlungen. Dabei ging er auch auf seine eigenen Erfahrungen als „junger“ Spund bei diesen Tarifritualen ein. Er bot so einen interessanten und informativen Einblick in diese Materie. Die Verhandlungen 2013 werden in mehrfacher Hinsicht spannend. Zum einen sind die in diesem Jahr erfolgten Tarifabschlüsse in der privaten Wirtschaft und beim Bund und den Kommunen sehr gut ausgefallen, dadurch ist die Messlatte für 2013 hoch gelegt. Zum anderen wird es aber auch einen neuen Vorsitzenden der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) geben.

In dieser Ausgabe:

Personalrätekonferenz	1-3
Letzte Meldung	1
Altersabhängige Staffe lung Urlaub	3
Auf ein Wort...	4-5
Tauschcke	6
Weihnachtsfeier OV Ruhestand	6
HmbPersVG	7
Neiddebatte Pension	8
Deutschlandturnier 2012 in Fulda	9
Mitgliederwerbung	10
Beitrittserklärung	11
Organisation	12
Sonstiges	12

Letzte Meldung

Gespräche zum HmbPersVG abgeschlossen

Nach 1 1/2 Jahren sind die intensiven Gespräche zur Änderung des HmbPersVG nun doch beendet.

Es gibt zwar keine Komplettsanierung der von der CDU im Jahre 2005 durchgesetzten erheblichen Einschränkung der Mitbestimmung, immerhin aber eine Teilsanierung.

(Artikel Seite 7)

Personalrätekonferenz (2)

Die Verhandlungen 2013 werden in mehrfacher Hinsicht spannend. Zum einen sind die in diesem Jahr erfolgten Tarifabschlüsse in der privaten Wirtschaft und beim Bund und den Kommunen sehr gut ausgefallen, dadurch ist die Messlatte für 2013 hoch gelegt. Zum anderen wird es aber auch einen neuen Vorsitzenden der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) geben. Der bisherige Vorsitzende und „Buhmann“ Möllring hört auf. Eine lange Liste an Kandidaten für die Nachfolge gibt es jedoch nicht, da nur wenige die personifizierte Anti-Person für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden möchte.

Danach wurde es spannend. Es folgte der Sachstandsbericht vom Kollegen Klüver zu den Gesprächen über die Novellierung des PersVG (Personalvertretungsgesetz), die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Personalräte in Hamburg. In ihm werden die Rechte und Pflichten der Personalräte und der Dienststelle geregelt.

Die Verhandlungen waren zäh, dennoch konnte man sich auf einige Punkte einigen, es bleiben aber immer noch Fragen offen. Stein des Anstoßes für diese Gespräche war ein Antrag der SPD-Fraktion gleich zu Beginn der Legislaturperiode. Von diesem Antrag ist jedoch nicht mehr



viel übrig geblieben. Insbesondere der Leiter der Senatskanzlei, Staatsrat Dr. Krupp - promovierte Klimaforscher -, bringt die Verhandlungen immer wieder zum Stocken und zeichnet sich durch variable Meinungen aus. Man könnte wohl meinen, er erforsche weiterhin das Klima.

Kollege Klüver hat für den dbb hamburg bereits festgehalten, dass es keine Einigung mit der Stadt geben wird, wenn die noch ungeklärten Punkte nicht verbessert werden. Beim DGB ist die Meinungsfindung zum vorliegenden Papier noch nicht abgeschlossen.

Eine Verbesserung sieht die Neuregelung des PersVG bereits vor. Bei der Einführung von IT-Verfahren (computerunterstützte Verfahren) kommt es nicht mehr darauf an, ob das Verfahren zum Zwecke der Überwachung eingeführt wird, sondern zukünftig

soll es genügen, wenn mit dem Verfahren eine Überwachung möglich ist. Diese Regelung gab es im HmbPersVG bereits vor 2005.

Nach all den oben genannten Ausführungen waren alle auf den Auftritt des Finanzstaatsrates Lattmann gespannt. Herr Lattmann wollte den anwesenden Personalräten Ausführungen zu dem Doppelhaushalt 2013/2014 machen und die Projektion des Senates für die Haushaltspolitik bis 2019/2020 vorstellen. Nach den Ausführungen von Herrn Lattmann soll bereits 2019 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Ab 2020, so die Planung, kann mit dem Schuldenabbau begonnen werden. Weiterhin bleibt die Steuerverwaltung von den Personaleinsparungen nicht ausgenommen. Neu war jedoch das klare Bekenntnis, dass Leistungen der Stadt für die Bürger eingeschränkt werden müssen. Wie dies jedoch konkret von statten gehen soll, bleibt weiterhin unklar.

Personalrätekonzferenz (3)

Herr Lattmann machte auch klar, dass Gehaltssteigerungen von max. 1,5% pro Jahr in den Haushalt eingeplant wurden. Also weniger als die aktuelle Inflationsrate. Bei einem höheren Abschluss müssen die jeweiligen Behörden diese Mehrkosten einsparen.

Nach seinem Vortrag stellte Herr Lattmann sich den Fragen der anwesenden Personalräte. Auf Nachfragen der Kollegen äußerte sich Herr Lattmann, dass allein in der Steuerverwaltung mit 30 – 40% Abgängen aus Altersgründen bis 2020 zu rechnen sei, dies gilt auch für die anderen Bereiche. Dies sei eine große Herausforderung, aber auch eine Chance.

Es werde auch weiterhin ausgebildet, aber nur in dem Umfang, in dem die Stadt auch die Kolleginnen und Kollegen übernehmen kann. Die Antworten des Staatsrates waren zum Teil informativ aber auch ironisch und selbstkritisch. Auf Nachfragen der Kollegen Behrendt und Jürgens machte der Staatsrat auch Ausführungen zu der zukünftigen Steuerpolitik des Senates. Wie bereits oft gehört, könne man aber selber nicht viel bewirken, sondern ist auf Berlin angewiesen. Zur Kulturtaxe führte er aus, dass die Hamburger Steuerverwaltung bereits bei Erstellung des ersten Gesetzentwurfes darauf hingewiesen habe, dass Berufstätige von der Abgabe nicht betroffen sein dürfen. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Ansicht nun bestätigt, worauf die Steuerverwaltung zu Recht stolz sein kann.

Altersabhängige Staffelung des Erholungsurlaubes

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes vom 20. März 2012, wonach die altersabhängige Staffelung des Erholungsurlaubes gegen das Verbot der Altersdiskriminierung verstößt, hatte die Mitgliederversammlung der TdL im Juli beschlossen, den Beschäftigten für die Jahre 2011 und 2012 einen übertariflichen Urlaubsanspruch von 30 Tagen unabhängig vom Lebensalter einzuräumen. Die Ausgestaltung der tariflichen Urlaubsregelung ab 2013 bleibt den Tarifverhandlungen Anfang nächsten Jahres vorbehalten.

Für die Hamburgischen Beamtinnen und Beamten muss nach unserer Ansicht daher zwangsläufig die Hamburgische Erholungsurlaubs-VO geändert werden. Aufgrund der anzustrebenden zeitnahen Gleichbehandlung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg in Bezug auf den Erholungsurlaub für die Jahre 2011 und 2012 sollte der Beschluss der TdL durch einen Beschluss des Senats bereits im Vorgriff auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Wir haben, gemeinsam mit dem dbb hamburg, beim Personalamt eine baldige Gleichbehandlung eingefordert. Nach Informationen des Personalamtes soll eine Regelung für die Beamtinnen und Beamten aber erst nach den Ergebnissen der Tarifverhandlungen 2013 erfolgen. Dann soll ein Gleichklang von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten hergestellt werden. Das Personalamt sieht aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage (nicht geänderte Erholungsurlaubs-VO) zur Zeit keinen Handlungsbedarf. Allerdings wurde eine Nachgewährung für 2011 und 2012 auf Grundlage des Ergebnisses der Tarifverhandlungen 2013 zugesagt.

Da es aus unserer Sicht den Beamtinnen und Beamten in Hamburg nicht vermittelbar ist, wenn wieder mit zweierlei Maß gemessen wird, hat der dbb hamburg gegenüber dem Ersten Bürgermeister der FHH, Olaf Scholz, schriftlich eine schnelle Umsetzung für die Beamtinnen und Beamten eingefordert.

Auf ein Wort...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Rundschreiben 3/2012 hatte ich mich kritisch mit den „Kleinen Anfragen“ der Bürgerschaftsabgeordneten auseinandergesetzt. Insbesondere die Anfrage Drs. 20/4277 des Abgeordneten Robert Bläsing, FDP, war Anlass für die kritische Auseinandersetzung und ein Schreiben an Herrn Bläsing. Nach unserem Schreiben folgten noch eine weitere „Kleine Anfrage“ (Drucksache 20/4586) des Abgeordneten Bläsing. Mit Schreiben vom 24.07. 2012 hat uns Herr Bläsing geantwortet. Das Antwortschreiben haben wir auf der nächsten Seite abgedruckt.

Im Hamburger Abendblatt erschien im August ein Artikel mit einem Interview mit Herrn Robert Bläsing zu den Antworten auf seine „Kleinen Anfragen“. Dort wurde u. a. gemutmaßt, dass die hohen Krankenstände bei den Finanzämtern für Verkehrssteuern und Grundbesitz und Steuererhebung ursächlich mit den Steuerrechtsänderungen zu tun haben könnten. Dass dies gerade bei diesen Finanzämtern nicht der Fall ist, werden wir Herrn Bläsing in einem Gespräch, zu dem wir ihn eingeladen haben, erläutern.

Auf „Bild.de“ habe ich kürzlich ein Interview mit Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher gelesen. Die Überschrift des Artikels vom 08.07.2012 lautete: „Haben Beamte zu viel Platz, Herr Senator?“ Ganz abgesehen davon, dass die „Bild-Zeitung“ hier mal wieder fälschlicherweise davon ausgeht, dass es im öffentlichen Dienst nur Beamte gibt, geht es in dem Interview um den Hamburger Haushalt und den Fiskalpakt, aber auch um Kulturangebote und Einsparungen. Bei dem Thema Einsparungen geht es u.a. um den geplanten Abbau von 250 Stellen pro Jahr im hamburgischen öffentlichen Dienst. (Wir erinnern uns an das Wahlversprechen des jetzigen Ersten Bürgermeisters, Olaf Scholz, aus dem Wahlkampf 2011 und dieses Wahlversprechen soll nun auf Biegen und Brechen umgesetzt werden, obwohl gleichzeitig mehr Lehrerstellen geschaffen werden - auch ein Wahlversprechen). Im Interview geht es dann weiter um Einsparungen auf der Ausgabenseite des Hamburger Haushaltes, z.B. bei den Mietkosten. So erklärt Dr. Tschentscher, dass die Fläche pro Mitarbeiter mit rund 32 Quadratmetern höher ist als in den meisten Unternehmen. Es werde an neuen Standards bei Neuanmietungen gearbeitet. Dabei soll ein Zielwert von rund 28 Quadratmetern vorgeschlagen werden.

28, 32 Quadratmeter? Haben Sie auch so viel Platz? Meiner Meinung nach wurde hier mal wieder ein falsches Bild vom öffentlichen Dienst dargestellt. In die Größenangaben können m. E. nur sämtliche Nebenflächen (Teeküchen, Treppenhäuser, Toiletten und Sitzungsräume) eingerechnet worden sein. Sonst machen die Quadratmeterzahlen keinen Sinn. Glücklicherweise werden diese Zielwerte nicht auf die aktuellen Anmietungen, mit Ausnahme der Finanzbehörde, angewendet. In der Finanzbehörde plant das Projekt „Flächenoptimierung“ - kurz „FLOP“ genannt - die Unterbringung von rund 100 Kolleginnen und Kollegen, die bisher im ehemaligen OFD-Gebäude am Rödingsmarkt gearbeitet haben, im Dienstgebäude Gänsemarkt. Dies hat zur Folge, dass die Räume (weiter) verkleinert werden müssen - ein Zusammenrücken ist angesagt. Meines Erachtens ein Sparen an der falschen Stelle. Denn die notwendigen Umbauten werden einige Kosten verursachen.

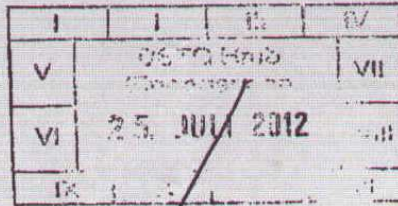
Michael Jürgens, Vorsitzender

Auf ein Wort.... (2)



ROBERT BLÄSING

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Telefon: (0162) 1 30 59 32
robert.blaesing@fdp-fraktion-hh.de
www.robert-blaesing.de

Robert Blasing MdB, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

DSTG – LV Hamburg

Michael Jürgens

Mönkedamm 11

20457 Hamburg

Schriftliche Kleine Anfragen

hier: **Drs. 20/4277 und 20/4586**

Bezug: **Ihr Schreiben vom 09.07.2012**

Sehr geehrter Herr Jürgens,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben und Ihr Interesse an der Arbeit der FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft bezüglich der Struktur und Entwicklung der Finanzämter in Hamburg. Der Hintergrund für die Fragen an den Senat ist im Wesentlichen die Entwicklung der Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Finanzämter in den vergangenen Jahren, unser Eindruck, dass Bearbeitung der verschiedenen Steuerfälle mitunter einen längeren Zeitraum benötigt, sowie dass der Senat nur über ein unzureichendes Controlling verfügt. Daher wollen wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse der betroffenen Beschäftigten die Gründe für die aktuelle Situation beleuchten. Daran anknüpfend bin ich bislang davon ausgegangen, dass die Daten relativ arbeitsarm quasi auf Knopfdruck zur Verfügung gestellt werden können, ohne dass eine aufwändige händische Auswertung erfolgen muss. Insofern legt Ihr Schreiben die Vermutung nahe, dass die Finanzbehörde nur über ein unzureichendes Controlling verfügt.

Gerade vor dem Hintergrund der doppelten Haushaltsführung, welche nicht mehr wie die Kameralistik Input-orientiert, sondern Output- bzw. Outcome-orientiert ist, gilt es die einzelnen Verwaltungsbereiche über Kennzahlen zu beobachten und zu steuern. Hier steht der Senat in der Verantwortung, ein entsprechendes System zu entwickeln, welches die zur Steuerung notwendigen Daten erhebt, ohne dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzämtern ein zusätzlicher Aufwand entsteht.

Ich würde mich freuen, wenn wir zukünftig zu diesem Themenkomplex in Kontakt bleiben. Gerne stehe ich auch für einen Termin zur Erörterung der Ergebnisse der Schriftlichen Kleinen Anfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Tauschcke

- ♦ **StHS (A 8) aus Schleswig-Holstein - Finanzamt Bad Segeberg, Außenstelle Norderstedt - sucht aus familiären Gründen eine Tauschpartnerin/einen Tauschpartner aus Hamburg.**

Versetzungsantrag wurde gestellt. Kontakt: Ho-Weg@web.de

- ♦ **Steuerinspektor (A 9) aus Niedersachsen sucht eine Tauschpartnerin/einen Tauschpartner aus Hamburg.**

Versetzungsantrag wurde gestellt. Kontakt: telefonisch 0176 64233252

Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Ruhestand

Die diesjährige Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Ruhestand findet statt am

Donnerstag, den 06. Dezember 2012, ab 15:00 Uhr

Im Music House in der Haldesdorfer Str., Hamburg-Bramfeld

Hier sollten Sie wieder Gelegenheit haben mit Ihren ehemaligen Weggefährten über die so genannte „gute alte Zeit“ zu klönen.

Natürlich wird auch für Kaffee, Tee und Kuchen gesorgt.

Liebe Ruheständler, bitte merken Sie sich diesen Termin bitte schon heute vor.

Eine separate Einladung mit Antwortkarte wird den Mitgliedern des Ortsverbandes Ruhestand im Laufe des Monats Oktober zugesandt werden.

Horst Plohnke

Vorsitzender OV Ruhestand

Mitbestimmung auf neuen Wegen.....?

Teilrenovierung statt Komplettsanierung

Mit viel Lob und großem Interesse haben der dbb hamburg und seine Mitgliedsgewerkschaften die Drucksache 20/89 (der erste Antrag der SPD-Fraktion in der neuen Legislaturperiode!) im März 2011 zur Kenntnis genommen. Die Bürgerschaft hatte auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, dass das durch den ehemaligen CDU-Senat 2005 in großen Teilen verschlechterte Hamburgische Personalvertretungsgesetz (HmbPersVG) durch ein neues Mitbestimmungsgesetz - in Anlehnung an das Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein - „zügig“ ersetzt werden sollte. Dort ist das Modell der so genannten innerdienstlichen Allzuständigkeit der Personalräte verankert.

Nach mehreren intensiven Sondierungsgesprächen mit Senatsvertretern ist festzustellen, dass das HmbPersVG in vielen Passagen tatsächlich Verbesserungen erfahren wird. Ein von der SPD-Fraktion propagiertes neues Mitbestimmungsgesetz in Anlehnung an das Mitbestimmungsgesetz in Schleswig-Holstein wird es aber nicht geben.

Der dbb hamburg hatte erwartet, dass die Verschlechterungen der CDU-Regierung aus dem Jahre 2005 komplett zurückgenommen werden; das ist aber nicht ganz der Fall. Es bleibt die Zustimmungsfiktion (keine Äußerung des PR bedeutet nach kurzer Frist Zustimmung) und es bleibt in weiten Teilen bei der eingeschränkten Mitbestimmung. Allerdings wird der Versagungskatalog so modifiziert, dass er damit faktisch außer Kraft gesetzt wird.

Schaut man dann auf den Kalender, so kann nach 1 1/2 Jahren leider nicht von einer zügigen Modernisierung gesprochen werden. Zu unterschiedlich waren (und sind noch immer...) anscheinend die Auffassungen von SPD-Bürgerschaftsfraktion und SPD-Senat.

(Der DSTG-Vorsitzende, Michael Jürgens, hat sich während der Gespräche manchmal gefragt, wie es zu der teilweise starren Haltung einiger SPD'ler gekommen ist. Sind es schlechten Erfahrungen mit Personalräten oder ist es ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Personalräten?)

„Die an sich lobenswerte Ankündigung der SPD-Fraktion, ein völlig neues Mitbestimmungsgesetz vorzulegen, wird vom SPD-Senat leider nicht mitgetragen. Allerdings bleibt festzustellen, dass die vorgesehenen Änderungen allemal besser sind als die derzeitige Gesetzeslage und wir haben durchsetzen können, dass wichtige personelle Maßnahmen (z.B. Anordnung von Mehrarbeit) und innerdienstliche Maßnahmen (z.B. bei der Einführung von IT-Verfahren) zukünftig wieder der Mitbestimmung der Personalräte unterliegen. Diese hat der dbb hamburg durch seine konsequente Vertretung der Interessen der Beschäftigten und der Personalräte in den Gesprächen erreicht. Aber der von uns erwartete große sozialdemokratische, mitbestimmungsfreundliche“ Wurf ist ausgeblieben.

Wir warten nun gespannt auf den angekündigten Gesetzentwurf, dann sehen wir weiter,“ stellt dbb Landeschef Rudolf Klüver abschließend fest.

Von Seiten der DSTG haben Hans-Georg Opitz und zeitweise Michael Jürgens an den Gesprächen teilgenommen.

Und jährlich grüßt das Murmeltier.....

Die unsägliche Neiddebatte um die Beamtenpensionen dbb hamburg: Seriöse Berichterstattung sieht anders aus

Wer als Kenner der Materie den Bericht vom 05.09.2012 in der „MOPO“ gelesen hat und die TV- und Radionachrichten der letzten Tage verfolgt hat, reibt sich verwundert die Augen. Abgesehen davon, dass die Beamten-schelte anscheinend in Mode kommt, gibt es dem Grunde nach nichts Neues, denn das Thema ist uralt und wird jährlich wieder aufgetischt.

Um beim Beispiel der MOPO zu bleiben:

➤Richtig ist, dass der Beamte ein höheres Ruhegehalt bekommt als die Bezieher einer gesetzlichen Rente. Das liegt an seinem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zum jeweiligen Dienstherrn; ein Beamter darf nicht streiken, hat sich loyal gegenüber seinem Dienstherrn zu verhalten und wird doppelt bestraft, wenn er sich etwas zu Schulden kommen lässt (strafrechtliche Verfolgung und Disziplinarverfahren).

➤Ein Beamter bekommt keine 500,- € Beihilfe aus Steuergeldern, sondern muss zur Bezahlung von (zahn-) ärztlichen Leistungen (jede Behandlung) zunächst einmal die Arztrechnungen aus der eigenen Geldbörse bezahlen, um sie anschließend bei der Beihilfestelle (und Krankenversicherung) zur Erstattung einzureichen. Dabei gelten in den meisten Fällen die gleichen Einschränkungen wie in der GKV.

➤Die Beamtenpensionen unterliegen der vollen Einkommensbesteuerung, während bei den Renten - wenn überhaupt, abhängig von der Höhe - nur eine teilweise Besteuerung zum Tragen kommt. Die in dem MOPO-Beispielsfall genannte niedrige Rente ist steuerfrei, gleichwohl unterliegt jede Beamten-

pension - und sei sie noch so niedrig - der vollen Besteuerung.

➤Im Arbeitnehmerbereich wird neben der gesetzlichen Rente bei 45 Arbeitsjahren in Diensten der Stadt Hamburg eine Zusatzversorgung von knapp 600,- Euro gezahlt.

➤Alle Rentenreformen sind inhaltsgleich bereits auf die Beamten übertragen worden (u.a. Anhebung der Altersgrenze auf das 67. Lebensjahr, Absenkung der Anrechnung von Studien- und Ausbildungszeiten).

„Die verbeamtete Kollegenschaft ist es langsam leid, sich andauernd wegen der angeblich so hohen Pensionen an den Pranger stellen zu lassen. Wenn schon Zahlen genannt werden, dann müssen auch alle Zahlen auf den Tisch; so ist das reine Rosinenpickerei. Wir stellen uns gern einer grundsätzlichen Diskussion zum Berufsbeamtentum, aber dann in vollem Umfang mit allen Zahlen und Fakten.

Und so ganz nebenbei: Für den Staat sind Beamte im aktiven Dienst weitaus billiger als der bzw. die Tarifbeschäftigte. Zählt man alle lebenslangen Zahlungen, die der Staat oder die Privatwirtschaft für ihre Beschäftigten erbringen, zusammen, dann kommt man auf annähernd gleiche Summen,“ **so der dbb Landeschef Rudolf Klüver**, „wir würden uns über eine objektive Berichterstattung freuen. Die diesjährige Diskussion über angebliche Beamtenprivilegien ist in meinen Augen reiner Populismus!“

37. Deutschlandturnier der Finanzämter in Fulda

Vom 23. bis 27 August 2012 fand in Fulda das 37. Deutschlandturnier der Finanzämter statt. Aus Hamburg nahmen 71 Sportler und Fans an dem Turnier teil. Wir konnten diesmal in den Sportarten Fußball, Tennis, Bowling, Kegeln, Drachenboot und Skat Mannschaften bzw. Einzelstarter melden.

Am besten schnitten die Damen (Carmen Lüdeke, Birgit Kaminski, Petra Barz und Brigitte Müller) im Mannschaftswettbewerb im Bowling ab. Auch wenn die Einzelergebnisse nicht zu einem der vorderen Plätze reichte, konnten sie als Mannschaft aber den 1. Platz belegen. Damit haben sie ihren Sieg aus dem Jahr 2011 wiederholt.

Die Fußballmannschaft der FSG Hamburg konnte mit vier Siegen und einem Unentschieden bei 9:0 Toren den ersten Platz in ihrer Vorrundengruppe C belegen. Damit zogen sie in das Viertelfinale ein. Dort war (wieder einmal) das Finanzamt Recklinghausen der Gegner. Die beiden Mannschaften kannten sich bereits aus den Turnieren der vergangenen zwei Jahre - 2010 in Aachen im Endspiel und 2011 in Esslingen im Endspiel der Trostrunde. Die Hamburger konnten das Spiel mit 2:1 für sich entscheiden. Im Halbfinale hieß der Gegner Finanzamt München. Nach regulärer Spielzeit und Verlängerung stand es 0:0. So musste das Elfmeterschießen entscheiden. Dieses gewannen die Münchner mit 5:4. Somit ging es um den dritten Platz. Die Hamburger und die Vertretung vom Finanzamt Neumünster einigten sich darauf, die Entscheidung durch Elfmeterschießen herbeizuführen. Beide Mannschaften machten es sehr spannend, letztendlich setzte sich Hamburg mit 9:8 durch und konnte sich über einen dritten Platz unter 20 Mannschaften freuen.

Die übrigen Sportler gaben ihr Bestes und konnten sich über gute Platzierungen - überwiegend im oberen Mittelfeld - freuen.

Das gesamte Turnier war sehr gut organisiert. Rund 200 Kolleginnen und Kollegen des Finanzamtes Fulda sorgten bei den Wettkämpfen und bei den tollen Abendveranstaltungen für einen reibungslosen Ablauf. Die meisten Hamburger Teilnehmer freuen sich schon auf das nächste Turnier in Wernigerode.

Das **38. Deutschlandturnier der Finanzämter** findet vom 12. bis 14. September 2013 in Wernigerode statt. Dort werden neben Fußball, Tennis, Tischtennis, Schach, Volleyball, Bowling, Drachenboot und Skat auch Laufen (5 u. 10 km) und Nordic Walking (5 u. 10 km) angeboten. Wer Interesse an einer Teilnahme hat, sollte sich schnellstmöglich anmelden, da eine frühe Buchung eines Hotels notwendig ist. Anmeldeformulare können per Mail bei Michael.Juergens@fb.hamburg angefordert werden.

Nicht vergessen - Mitgliederwerbeaktion 2012

Jetzt sind Sie gefordert - wir zählen auf Sie!

Die Gespräche wegen der beabsichtigten Kürzungen und Streichungen bei der Sonderzahlung und zur Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich im letzten Jahr haben gezeigt, dass starke Gewerkschaften mit aktiven Mitgliedern, die sich auch an Demonstrationen beteiligen, um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen, wichtiger denn je sind. Ohne die Gewerkschaften hätte es eine noch größere Kürzung bei den Sonderzahlungen gegeben und das Tarifiergebnis wäre gar nicht auf die Besoldung übertragen worden. Aber nur mitgliederstarke Gewerkschaften haben Gewicht! Es kommt also auf jeden einzelnen an!

Daher starten wir in diesem Jahr eine Mitgliederwerbeaktion.

Mitglieder werben Mitglieder!

Das bieten wir Ihnen neben der „normalen“ gewerkschaftlichen Vertretung:

- ◆ Rechtsberatung und ggf. Rechtsschutz in dienstlichen belangen (z. B. Beihilfe)
- ◆ Freizeit-Unfallversicherung mit Krankenhaustagegeld, Invaliditäts- und Todesfallentschädigung
- ◆ Dienstaftpflichtversicherung mit Dienstschlüsselversicherung
- ◆ Seminare des dbb bildungswerkes und der dbb akademie
- ◆ Mitgliederzeitung DSTG-Magazin mit der „Steuerwarte“ und das Rundschreiben der DSTG LV Hamburg
- ◆ Günstige Tarife in verschiedenen Versicherungen
- ◆ Kooperation mit der BBBank
- ◆ Sonderpreis beim Gutscheinebuch (Schlemmerreise) etc.

Unser Angebot:

Drei Monate Schnuppermitgliedschaft für nur 0,50 € pro Monat.

Danach sind unsere Beiträge günstiger als Sie glauben - wir berücksichtigen die individuelle Besoldungsgruppe - also auch Teilzeitbeschäftigung!

Die Werbeaktion läuft vom 01. Februar - 31. Dezember 2012

Für den besten Werber und ein geworbenes Mitglied gibt es je einen Hotelgutschein in Höhe von 150,- € zu gewinnen. Einzulösen bei unserem Kooperationspartner „Tannhäuser Hotel Rennsteigblick“ oder im Pappritzer Hof in Dresden.

Außerdem verlosen wir unter den Werbern und Geworbenen weitere attraktive Sachpreise.

Beitrittserklärung faxen an: 040 / 37 50 10 82

Bitte faxen oder im Fensterumschlag senden an

Deutsche
Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg

Beitrittserklärung

(zugleich Bankeinzugsermächtigung)

Ich möchte mich der

DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT

Landesverband Hamburg anschließen und erkläre meinen Beitritt

mit Wirkung vom _____

Name und Vorname in Blockschrift _____

PLZ / Wohnort _____

Straße _____

Geburtsdatum _____ Besoldungs-/Entgeltgruppe _____

Teilzeit: U nein U ja, mit Wochenstunden _____

Finanzamt _____

Geworben von _____

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich die DSTG, den Mitgliedsbeitrag vierteljährlich mittels Lastschrift von u. a. Konto einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Kontoinhaber _____ Konto _____

Bankinstitut _____ BLZ _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____



DSTG Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon: 040/37 50 10 80/81
Fax: 040/37 50 10 82
E-Mail: buero@dstg-hamburg.de

Sie finden uns auch im Web:
www.dstg-hamburg.de

DSTG– die einzige
Fachgewerkschaft der
Finanzverwaltung.

Wir setzen uns ein für:

- *Verbesserung der Ausbildung*
- *Übernahme der Nachwuchskräfte*
- *Aufgabengerechte Personalausstattung*
- *Gerechte Besoldung*
- *Verbesserung der Aufstiegschancen*
- *Sicherung der Altersversorgung*
- *Kontinuierliche Fortbildung*
- *Gesundheitsförderung*
- *Steuerrechtsvereinfachung*
- *Steuergerechtigkeit*

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

Leserbriefe/Kleinanzeigen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hier ist noch Platz!

An dieser Stelle könnte ihr Leserbrief veröffentlicht werden. Wenn Sie uns also über etwas schreiben möchten, was Sie schon immer geärgert hat oder etwas, worüber Sie sich gefreut haben, schicken Sie uns Ihren Leserbrief.

Ihr Leserbrief kann mit Namen, aber auch anonym veröffentlicht werden.

Der Vorstand der DSTG Landesverband Hamburg freut sich über jede Zuschrift, egal ob positiv oder negativ und auch über Vorschläge für unsere Arbeit im politischen Raum.

Auch für Ihre Kleinanzeige wäre auf dieser Seite Platz. Hier veröffentlichen wir Ihre Kleinanzeige.

Sie möchten etwas verkaufen, suchen eine Wohnung oder ähnliches. Hier können Sie sehen, ob vielleicht eine Kollegin oder ein Kollege helfen kann oder genau das sucht, was Sie los werden wollen

Falls wir eine Kleinanzeige oder einen Leserbrief von Ihnen veröffentlichen sollen, senden Sie diese bitte per Post oder per Mail an unser Büro (Adresse siehe oben).